

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 105 (2011)
Heft: 5

Artikel: Die sogenannten linken Regierungskritiker in Venezuela
Autor: Drüssel, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sogenannten linken Regierungskritiker in Venezuela

Die Welt ist oft komplexer, als man meint. Gerade die Linke müsste das wissen. Sie fällt aber nicht selten auf die eigene Meinung herein, die sich beim Nachdenken als die herrschende Meinung entpuppt.

Nirgends stellt sich dieses Problem akuter als dort, wo die Linke sich anschickt, die Dinge selber in die Hand zu nehmen, und ihre Unschuldposition der reinen Kritik aufzugeben hat. Oder wie es Dieter Drüssel formuliert: «Die Linke ist gewohnt zu protestieren. Es wird immer heikel, wenn es ums Regieren geht.»

Zum Beispiel Venezuela: Wo angesichts von umstrittenen Entscheidungen der Regierung Chavez zunächst die dialektische Analyse und auch mal das Aushalten der Spannungen gefragt wären, ist oft nur Enttäuschung und Pseudoradikalismus zu finden. Daraus resultieren dann seltsame Verhaltensweisen. Es bürgert sich in bestimmten Kreisen der lateinamerikanischen besonders «radikalen Linken» ein, mit den Rechten zu marschieren.

Der Lateinamerika-Experte Dieter Drüssel analysiert einen Fall aus Venezuela mit Aufhänger in der Schweiz.

Die «NZZ Online» berichtete am 6. Februar 2011: «Hunderte Gegner des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez haben am Samstag in Caracas gegen die Enteignung von Privatunternehmen protestiert. Einige Demonstranten forderten zugleich die Freilassung des Gewerkschaftsführers Ruben Gonzalez. Dieser sitzt nach einem Streik im Jahr 2009 im Gefängnis. In den vergangenen fünf Jahren sind nach einer Mitteilung der Gruppe Provea mehr als 2200 Venezolaner aufgrund ihrer Beteiligung an Protesten angeklagt worden. Chávez verteidigt die Enteignung von Unternehmen mit der Begründung, dies seien notwendige Schritte auf dem Weg zu einem sozialistischen System.»

Denselben Vorgang schilderte die Homepage der venezolanischen trotzkistischen Gruppe Unidad Socialista de Izquierda (USI). Die USI ist einem internationalen Verband angeschlossen, der Unidad Internacional de los Trabajadores (UIT). Mit von der Partie sind der brasilianische PSOL und Kleingruppen aus anderen lateinamerikanischen Ländern. Die UIT kommt aus einer makabren trotzkistischen Tendenz um den in den achtziger Jahren verstorbenen Nahual Moreno, dessen (argentinische) Organisation nach dem Militärputsch 1976 zwei Jahre brauchte, um ihn als reaktionär einzustufen... (was sie aber nicht vor der Repression bewahrte). Euphorisch berichtete jetzt die USI: «15000 Arbeiter marschierten in Caracas für allgemeine Lohnerhöhungen (...) für die Freilassung des Gewerkschaftsführers Rubén González und gegen die Verletzung der Gewerkschaftsrechte in den staatlichen Betrieben». Unterschiedliche, aber authentische Gewerkschaften seien jetzt verbündet und würden Chávez das Fürchten lehren. Die Videos zeigten leider nie die 15000, sondern eisern bloss die Tribüne mit Kurzstatements der USI-Prominenz (einzige Ausnahme eine Szene doch mit ein paar Leuten mehr).

Weitere Recherchen zu den Aktivitäten der Gewerkschaft USI ergeben folgendes Bild: USI-Chef Orlando Chirino war Repräsentant des trotzkistischen Gewerkschaftsflügels C-CURA, der sich 2008 gespalten hatte. Die ebenfalls trotzkistische Gewerkschaftslinker Marea Socialista hatte mit Chirino gebrochen, als er einen Streik bei General Motors als «terroristisch», die streikende Gewerkschaft eine Ansammlung von «Ex-Häftlingen» und GM ein «in Lateinamerika angesehenes Unternehmen» nannte (aporrea.org, 7.9.08). Die Streikenden kochten vor Wut, Marea-Exponenten eilten in das Werk, um sich klar zu solidarisieren.

Das schöne Vokabular

Ob das dem Ansehen Chirinos bei jenen Gruppen in der Schweiz geschadet hat, die ihn kurz zuvor zu einer «Infotour» geladen haben, weiss ich nicht. Vielleicht haben sie es einfach nicht mitbekommen (wollen). Interessant im Zusammenhang mit diesen sogenannten linken Gruppen ist auch der Umstand, dass José Bodas, ebenfalls Führungsmittglied der USI, vom Selbstanspruch her Leader einer revolutionären Ölarbeitergewerkschaft und Aktivist der «Grossdemo» in Caracas, eine Woche vorher im Rahmen des «Anderen Davos» in Basel als einziger Vertreter aus dem ALBA-Raum auftreten konnte. An einem Treffen, an dem AktivistInnen aus Arbeitskämpfororganisationen aus mehreren Ländern gemeinsame Lehren ziehen wollten. Bodas schöne kämpferische Worte fanden in Basel grossen Anklang. Es steht dahin, ob dies auch sein Auftritt an besagter Demo in Caracas getan hätte.

Nach dem bisher Gesagten erstaunt auch nicht mehr, dass etwa ein Froilán Barrios sich des gleichen «schönen» Vokabulars bedient. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes CTV rief an der Demo in Caracas eine «neue Gewerkschaftsbewegung» aus, «die entsteht, autonom von Parteien, autonom

von jeglicher Art von Regierung». Mega anarcho, der Kumpel? Nicht wirklich. Die CTV ist der «gewerkschaftliche» Arm der Unternehmerverbände, putschistisch und von Washington kofinanziert. Ausser auf der USI-Homepage und von einem militant antichavistischen «Anarcho»-Grüppchen wird die Caracas-Demo von links wie rechts als eine der CTV begriffen, wobei die Beteiligungszahlen meist auf unter 1000 reduziert werden. An dieser dubiosen Demo nahmen denn auch einschlägige PolitikerInnen wie María Corina Machado teil. Die Frau war als Leiterin der vom US-State Department finanzierten NGO von George Bush im Weissen Haus empfangen worden. In ihren Propagandastatements vermeidet es die USI, das Demothema der Ablehnung von Verstaatlichungen zu erwähnen. Mit gutem Grund: Eine «linksradikale» Kraft für den Privatbesitz von Unternehmen? Das würde irgendwie den Fluss der schönen Argumente stören.

Linke Nicht-Solidarität

Offenbar spielt die USI im Land selbst eine weit geringere Rolle als in der «linken Nicht-Solidarität» im Ausland. Wie die Einladung von Bodas nach Basel sehr schön zeigt. Dass Leute aus solch dubiosen Sekten nach wie vor landen können, hat wohl mit unserer Schwierigkeit zu tun, mit den meist «unrein» daherkommenden Widersprüchen von gesellschaftlichen Prozessen umzugehen. Natürlich: Die fast fassungslos machenden Vorgänge in der bolivianischen Regierung; die Veränderungen in Kuba, die offenbar auf dem Grundkonsens aufbauen, dass die unten das Werk der Leitung «nicht verstehen»; die kürzlich zweimal erfolgten Auslieferungen von realen oder tatsächlichen kolumbianischen Guerillas aus Venezuela nach Kolumbien – all das verbietet Anhimmeleien. Werden in Venezuela Schlüsselindustrien verstaatlicht, tanzt danach in der Regel eine «bolivarische» Managementelite an,

die den Status quo ante unter «sozialistischem» Vorzeichen aufrechterhalten will – viele Kämpfe des *control obrero* richten sich dagegen. Aber auch noch der *control obrero*, diese ebenso wie die kommunalen Räte extrem faszinierende Sache, muss hinterfragt werden. Droht da etwa nicht, dass Belegschaften so noch das letzte für «ihren» Betrieb verausgaben und am Schluss doch nur gelackmeiert sind? Aber Fragen sind nicht verpackte Vorantworten. Wer mit Blick auf die Kommandostruktur der «Wissensgesellschaft» mit ihrem allgegenwärtigen Gebot der «Eigenverantwortung» einfach «weiss», dass *control obrero* nichts als ein weiterer Managementstrick oder eine logische Konsequenz aus kapitalistischen Verhältnissen ist, um die «Arbeitstiere» bei produktiver Laune zu halten, weiss nichts von den Leuten.

Realer Klassenkampf

Der Klassenkampf tobt, auch im Bolivarismus. Die gesellschaftlichen Kämpfe in Venezuela sind hart. Letztes Jahr sind mehrere GewerkschafterInnen, fast alle Kader des chavistischen Dachverbandes Unete, umgebracht worden. Einige von Schwadronen, andere, wie zwei protestierende Mitsubishi-Arbeiter, von regionalen oder kommunalen Polizeien, die teilweise unter «bolivarischem» Befehl standen. Wie bei den über 200 von Grossgrundbesitzern ermordeten Campesinos kam es auch hier zu fast keinen Verurteilungen. Umgekehrt wurde der Gewerkschaftsführer Rubén González soeben wegen eines Streiks tatsächlich zu siebeneinhalb Jahren Knast verurteilt (am Tag nach dem Urteil allerdings provisorisch freigelassen).

Die Linke ist gewohnt zu protestieren. Es wird immer heikel, wenn es ums Regieren geht. Ich meine nicht das hiesige Mit-den-Mächtigen-Mitgehen, sondern ein Regieren dort, wo gesellschaftliche Kämpfe tradierte Kräfteverhältnisse bis zu einem gewissen, sichtbaren Grad verändert haben. Wer darauf einsteigt, läuft

Gefahr, ein Schwein zu werden. Wer das unterlässt, lässt meistens die Massen im Stich, die das mit ihrer daueraktivierten Selbstbestimmung oft anders sehen als ihre «VordenkerInnen». Meist erwarten und brauchen die Leute von den Ihren, dass sie den Staat übernehmen und es richtig machen. Das ist hochgefährlich, aber trotz des damit drohenden Paternalismus unvermeidlich. Wer sich in dieser Situation «sauber» aufs Protestieren wie eh und je zurückzieht – und das noch so poetisch begründet – kippt nach rechts, wird Sekte. Das reale Problem, die beinahe unerträgliche Frage bleibt: Wie Regierungsapparate leiten und gleichzeitig gesellschaftliche Kämpfe gegen ihre Logik vorantreiben?

Mir gefällt, was Edwin L'Bachi Velásquez kürzlich in *Aporrea* geschrieben hat – als Antwort auf die Aussage, Venezuela unter Chávez entferne sich schneller vom Sozialismus als je zuvor: «In unserem Land hat sich der Konsumismus auf unvorstellbare Höhen gesteigert, was wir täglich auf den Strassen sehen. Beispielsweise besitzen fast 100 Prozent unseres Volkes ein Handy, der Verkauf geht weiter, und Venezuela ist die Nummer 1 in Lateinamerika für den Gebrauch von Blackberrys. Aus Not? Wir erleben wegen des Mangels an einer seriösen Politik einen Wohnungsnotstand, aber nie wird es unterlassen, ein Verkaufszentrum zu bauen. ... Mit dem Wachstum des Kapitalismus wurden erneut seine grossen Laster und Misere verankert: Korruption, Ineffizienz, Ausbeutung und Verbrechen, begleitet von einem trotz einiger Verbesserungsversuche widerlichen und dysfunktionalen Justizsystem. Wir leben nach wie vor hauptsächlich von Importen. (...) Ich weiss nicht, wer gesagt hat, in Venezuela gäbe es Sozialismus. Wir haben das nie gedacht, wir haben unsere Kämpfe stets als Teil des «Aufbaus des Sozialismus» begriffen, wir sind in dieser Richtung unterwegs und wir wissen, dass noch sehr viel fehlt, aber sicher auch weniger als anderswo».

Dieter Drüssel vom Zentralamerika-Sekretariat Zürich ist Redaktor der Zeitschrift Correas. Die ungekürzte Version dieses Textes ist erschienen in: Correas Nr.165/2011.